

## Studie zu Gewalt gegen Beschäftigte

# Übergriffe konsequent verfolgen, Alleinarbeit beenden!

Am 30. Januar 2023 wurde eine Studie des „Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung“ (FÖV) zum Ausmaß der Gewalt gegen Beschäftigte im Verkehrsbereich veröffentlicht. Diese wurde unter anderem durch unseren Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion in Anlehnung an eine vom Bundesinnenministerium initiierte Studie zum Ausmaß von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Auftrag gegeben.

Die GDL hat sich mit ihrem bundesweiten Arbeitskreis „Sicherheit im und am Zug“ aktiv daran beteiligt und konnte die Erfahrungen und Erkenntnisse aus unseren eigenen Umfragen „Mit Sicherheit“ aus den Jahren 2016 und 2019 einbringen. Durch Anlehnung an die breit angelegte Studie im öffentlichen Dienst sind die Ergebnisse beider Studien gut vergleichbar und bringen nun auf den Punkt, was bisher leider nur zu oft Vermutung war:

- Die Gewaltbetroffenheit ist im Verkehrsbereich deutlich höher als bei den übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst.
- Am häufigsten sind Begleitpersonal und Beschäftigte im Kundenservice betroffen. Gleichzeitig werden die angebotenen Nachsorgemaßnahmen von diesen am schlechtesten bewertet.
- Zwei Drittel der Gewalterfahrungen im Verkehrsbereich werden nicht gemeldet. Die Gründe, analog zu denen im öffentlichen Dienst: Eine Meldung würde nichts ändern, der Übergriff wird nicht als meldewürdig erachtet oder der bürokratische Aufwand ist zu groß.
- Ein wirksamer Schutz vor gewalttätigen Übergriffen setzt ausreichend Personal wie zum Beispiel eine Doppelbesetzung voraus.
- Vorgesetzte sollten den Betroffenen Unterstützung anbieten und Übergriffe sollten strafrechtlich verfolgt werden.

*Link zur Studie*

